

Symbolisches Votum gegen Maduro

Mehr als 7 Millionen Venezolaner lehnen umstrittene Verfassungsreform ab



Auch im Ausland lebende Venezolaner beteiligen sich an der Abstimmung, hier eine Frau in New York. GERALDINE HOPE GHELLI / BLOOMBERG

HANNA SILBERMAYR, CARACAS

Am Montagmorgen erwacht Caracas im Regen, und das venezolanische Volk scheint gespaltenere denn je. Am Vortag war ein sonderbares Schauspiel über die Bühne gegangen: eine inoffizielle Volksabstimmung, organisiert und durchgeführt von der Opposition. Den Wahlsonntag über war die Euphorie gross gewesen: Die Menschen jubelten, sangen, tanzten. Die Wahlbeteiligung sei höher als erwartet, erklärten schon wenige Stunden nach Beginn der Abstimmung führende Politiker der Opposition. Als sie später vor die Presse traten, war die Stimmung dann doch leicht gedämpft. Zwar lobten sie die grosse Unterstützung aus dem Volk, vom Enthusiasmus der Stunden davor war um Mitternacht aber nicht mehr viel zu spüren.

7,2 Millionen Venezolaner hatten sich an der Abstimmung beteiligt. Von den bisher 95 Prozent ausgezählten Stimmen haben 98,4 Prozent gegen die geplante Verfassungsreform von Präsident Maduro gestimmt. Es mag sein, dass die Erwartungen im Vorfeld zu hoch angesetzt waren: Mindestens 8 Millionen Menschen würden an den Wahlurnen erscheinen, hatten Meinungsforschungsinstitute vorausgesagt. Andere waren sich sicher, dass sogar 11 der 19 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimmen abgeben und damit ein klares Statement gegen die Regierung Maduro abgeben würden – dem war nicht so.

Beschwichtigungsversuche

Als einen Akt des zivilen Ungehorsams bezeichnete die Opposition die Volks-

abstimmung, die die sozialistische Regierung schon im Vorfeld als illegal betitelt hatte. Maduro hat für Ende Juli die Wahl einer Versammlung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung angekündigt. Die Venezolaner sollten mit der symbolischen Abstimmung zeigen, dass sie dieses Vorhaben ablehnten. Ausserdem sollte dadurch das oppositionell dominierte Parlament gestärkt werden. Die Opposition befürchtet, Präsident Maduro könnte durch die Verfassungsreform seine Macht weiter ausbauen.

Tatsächlich bestätigen die Zahlen, was die Venezolaner schon in den Parlamentswahlen Ende 2015 entschieden hatten: nämlich, dass die Opposition nichts an ihrer Popularität eingebüsst hatte. 7,7 Millionen Venezolaner hatten sie damals erstmals seit 18 Jahren zur

Parlamentsmehrheit erklärt. Und doch konnte die Opposition am Wochenende nicht mehr Menschen zur Wahl animieren. Im Internet versuchten Regierungskritiker zu beschwichtigen: Innerhalb kürzester Zeit habe die Opposition diese Wahl auf die Beine gestellt, das sei durchaus ein Erfolg. Sie habe nur zwei Wochen Zeit gehabt, um die Massen zu mobilisieren, und dabei nur wenig mediale Hilfe. Ausserdem sei sie im Vorfeld massiv bedroht und eingeschüchtert geworden.

Diverse Zwischenfälle

Seit über dreieinhalb Monaten gehen die Venezolaner beinahe täglich auf die Strasse und demonstrieren gegen die sozialistische Regierung. Über 90 Tote haben die Proteste bisher gefordert. Einige der Todesopfer werden den gefürchteten Colectivos zur Last gelegt, regierungsnahen Schlägertrupps, die als der bewaffnete Arm der sozialistischen Revolution gelten. Auch am Wahlsonntag verrichteten sie ihre Arbeit: Sie tauchten vor einem der Wahllokale im traditionell sozialistisch regierten Stadtteil Catia auf und schossen in die Menge. Eine Frau wurde getötet, vier weitere Personen wurden verletzt.

Auch anderswo kam es zu Zwischenfällen. Im Gliedstaat Amazonas wurden Wahlzentren mit Tränengas beschossen. In Caracas musste ein Wahllokal verlegt werden, weil die Wähler bedroht wurden. Im Stadtteil 23 de Enero, einer Hochburg der Sozialisten, wurden aus Angst vor Zusammenstössen gar keine Urnen aufgestellt. Auch wurden Journalisten angegriffen. Bereits Tage vor der Abstimmung stürmten solche Schlägertrupps das Parlamentsgebäude, bedrohten und verletzten Abgeordnete sowie anwesende Journalisten. Es mag sein, dass diese Übergriffe die Wahlbeteiligung zusätzlich verringerten.

Führende Oppositionspolitiker feiern die Volksabstimmung trotz allem als Erfolg. Das Oppositionsbündnis Mesa de la Unidad Democrática kündigte an, weiter zu protestieren, und rief für diesen Donnerstag zu einem 24 Stunden dauernden Generalstreik auf, um den Druck von der Strasse auf die Regierung zu erhöhen.